

Bericht zur Kreisversammlung der GEW Rems-Murr in WN-Neustadt am 01.03.2023

von Jochen Müller, GEW Rems-Murr

Lehrkräftemangel: GEW-Vorsitzende zeichnet ein düsteres Bild

Einen prominenten Gast konnte die Kreisversammlung der GEW Rems-Murr am 1. März aufbieten: Landesvorsitzende Monika Stein informierte unterhaltsam und kurzweilig über das aktuell heiß diskutierte Bildungsthema im Land.

Im gut besuchten Sitzungsraum der Gaststätte Söhrenberg in WN-Neustadt zeigte Monika Stein deutlich auf, wie dramatisch es bereits jetzt um die Lehrerversorgung im Land steht. Schon gegenwärtig belegt Baden-Württemberg einen beschämenden letzten Platz im ohnehin schon schwachen Bundesvergleich im Verhältnis der Lehrkräfte zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler. In den Kitas im Land werden bis 2030 über 40 000 Fachkräfte fehlen, zusätzlich werden ab 2026 über 8 000 Fachkräfte für den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung benötigt. Die bekannte Klemm-Studie von letztem Jahr lässt bis 2035 eine noch dramatischere Unterversorgung erwarten. Die Landesregierung plane hier nicht seriös und gehe von falschen oder überholten Zahlen aus: Man rechne mit zu vielen Bewerbungen für offene Stellen an Schulen, obwohl weniger junge Menschen ein Lehramtsstudium beginnen und die Zahl der Abiturienten sinkt. Besonders im Grundschulbereich drohe ein immenser Mangel an Lehrkräften, zumal diese im Vergleich zu anderen Bundesländern hier deutlich schlechter bezahlt werden und der Beruf immer weniger attraktiv ist. Hinzu kommt, dass nur 35% der Lehrkräfte in Baden-Württemberg den planmäßigen Ruhestand erreichen. Die Landesregierung habe weder die Anzahl der Studienplätze fürs Lehramt an Grundschulen ausreichend erhöht noch den Numerus Clausus abgeschafft. Im Studiengang Lehramt Sekundarstufe sind landesweit gar 190 Plätze im kommenden Semester frei geblieben – aus Mangel an Bewerbern.

Die Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission von vor einigen Wochen lasse überholte, weltfremde Ansichten über den Berufsalltag von Lehrkräften erkennen. Die Vorschläge, den Klassenteiler zu erhöhen oder im Referendariat oder bei Teilzeitkräften zwangsweise Stunden aufzustocken, seien kontraproduktiv und würden unweigerlich zu erhöhten Ausfallzahlen führen.

In ihrem 15-Punkte-Programm „Mehr Lehrkräfte“ gegen den Lehrermangel schlägt die GEW hingegen beispielsweise vor, ausländische Studienabschlüsse leichter anzuerkennen, die Schulen in IT und Verwaltung viel besser zu unterstützen, Studienplätze auszubauen und Seiteneinstiege zu erleichtern.

Aber auch auf Erfolge der Landes-GEW konnte M. Stein verweisen: Die Weiterbezahlung befristet eingestellter Lehrkräfte über die Sommerferien wurde nicht zuletzt durch hartnäckige, jahrelange Lobbyarbeit der Bildungsgewerkschaft erreicht. Mit einer Unterschriftenaktion für deutlich mehr Lehrende im sonderpädagogischen Bereich soll der nächste Schritt in Richtung bessere Bildung getan werden. Ohne deutliche Verbesserungen in der Personalversorgung könnten die Schulen in Zukunft ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen und verkommen immer mehr zu Betreuungs- und Aufbewahrungseinrichtungen. Immerhin im Bereich der Sonderpädagogik konnte die Landesregierung 175 neue Studienplätze an der Pädagogischen Hochschule Freiburg schaffen – letztendlich aber auf lange Sicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Schließlich unterstrich die Landesvorsitzende die große Wichtigkeit der gegenwärtigen Streiks im Rahmen der aktuellen Tarifabschlüsse in den Kommunen und rief zur Unterstützung auf. Auch in der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion wurde deutlich, wie sehr die Kollegien quer durch alle Schularten in Kreis wie im Land jetzt schon an der gegenwärtigen Mangelsituation leiden und auszubluten drohen, ohne die Aussicht auf Besserung in den nächsten zehn Jahren.



*Die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein inmitten des Kreisvorsitzenden Michael Stoeß (r.)
und seiner Stellvertreterin Steffi Hehn (l.) (Bild: J. Müller)*